

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Antrittsrede der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke  
in der konstituierenden Sitzung des Landtages am 17.10.2024**

Sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Verfassungsgerichtspräsident Dr. Möller,  
sehr geehrte Damen und Herren Verfassungsrichter,  
sehr geehrte ehemalige Abgeordnete,  
sehr geehrte Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre  
und Beauftragte des Landes!

Ich freue mich, die Vertreter der Kirchen Herrn Bischof Dr. Koch und Bischof Dr. Stäblein sowie Herrn Vogel  
und Herrn Engelbreth auf der Tribüne begrüßen zu können.

Ein herzliches Willkommen gilt Herrn Rabbiner Kirzon.

Ich begrüße unseren ehemaligen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck,  
die Landräte, die Vertreterinnen und Vertreter des Städte- und Gemeindebundes,  
der Kommunen und der Zivilgesellschaft.

Besonders begrüße ich unter den Gästen die Abgeordneten unserer Partnerregionen,  
den Vorsitzenden des Sejmiks von Niederschlesiens Herrn Jerzy Pokoj  
mit seinen Kollegen, sowie die Abgeordnetenkollegen aus dem Sejmik Lubuskie.

Herzlich willkommen heiße ich auch den Präsidenten des niederösterreichischen Landtages Herrn Magister  
Karl Wilfing,

Liebe Gäste,

sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Medien.

meine Damen und Herren,

liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger!

Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung zur konstituierenden Sitzung des Landtages Brandenburg gefolgt  
sind.

Herzlich willkommen!

Sehr geehrte Abgeordnete, ich danke Ihnen von Herzen für Ihr Vertrauen.

Eine Wiederwahl ist Ergebnis geleisteter Arbeit und neue Verpflichtung zugleich.

Ich freue mich sehr, dass sie mir dieses hohe Amt anvertrauen, ich nehme diese Wahl dankbar und mit Demut  
an. Gern übernehme ich die Verantwortung, um unsere repräsentative Demokratie weiter zu entwickeln und  
zu stärken, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Brandenburgs.

Der neue Landtag Brandenburg ist ein anderer als vor 5 Jahren. Die Kräfteverteilung hat sich geändert, der  
Umgang mit einer Sperrminorität ist neu.

2019 sprach ich in meiner Antrittsrede über Streit, über eine demokratische Debattenkultur, konstruktive  
Aushandlungsprozesse, Kompromissfähigkeit, über Respekt und Wertschätzung als Gegenpol zu Populismus.

Heute denken die meisten Menschen in Brandenburg demokratisch. Das beruhigt. Sie bilden keine komfortable Mehrheit, aber sie sind mehr.

Dennoch: Vertrauen ist verloren gegangen, Vertrauen in Institutionen, in Demokratie, sogar Vertrauen in Wissenschaft nach unterschiedlichen Einschätzungen zu Corona. Der Überfall Russlands auf die Ukraine mündete in einen andauernden schrecklichen Krieg, der Angriff der Hamas auf Israel und der nachfolgende Krieg in Nahost erschüttern die Menschen.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen Sicherheit, Stabilität, Frieden.

**Das Wahlergebnis vom 22. September ist ernst zu nehmen, die Wählenden wollen ernst genommen werden, alle, die gewählt haben, verschieden gewählt haben.**

**Unser Wahlergebnis gibt es anderswo nirgends.** Es gibt keine Blaupause für ein Parlament mit 32 SPD, 30 AfD, 14 BSW und 12 CDU. Wir sind neu in dieser Zusammensetzung.

Das ist eine Chance. **Wir müssen selbst einen Umgang miteinander finden.**

Wie, das wissen wir wahrscheinlich auch noch nicht, weil wir uns ja noch gar nicht kennen. Knapp die Hälfte aller Abgeordneten sitzt erstmalig in einem Parlament. Das macht neugierig aufeinander. Das macht mich auch zuversichtlich, den Wählerwillen erfüllen zu können.

Nach diesem Wahlergebnis wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, zu einigen, wo möglich auch zu versöhnen. Dazu muss keine Brandmauer eingerissen werden, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind und bleiben abscheulich.

Aber nicht alle Anhänger populistischer Organisationen sind rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch. Wir müssen Formen des Miteinanders finden, Streitbar, unnachgiebig, Feinden der Demokratie eine klare Kante zeigen, aber als Menschen miteinander.

Man kann sich distanzieren ohne zu zensieren, ohne zu diskriminieren, sich abgrenzen ohne Menschen auszugrenzen. Es geht doch um die Auseinandersetzung mit Gedanken, Haltungen, auch Verschwörungstheorien, Falschinformationen. Es geht um gute Politik, für die wir gemeinsam verantwortlich sind. Im Kleinen wie im Großen. Es geht den Menschen auch um die ganz großen Themen, Meta-Themen, denen wir nicht ausweichen dürfen, bei denen wir zugleich deutlich machen müssen, dass es tatsächlich Meta-Themen sind: Frieden, Flucht, Vertreibung, Migration, auch Klimaschutz.

Nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Kommunen, Land, Bund, Europa – alle sind sie dabei Partner. Einfache, schnelle Lösungen gibt es nicht.

Es ist nicht alles gut, was wir Politiker entscheiden und Regierungen tun. Das Eingeständnis von Fehlern gehört zur Demokratie dazu. Wir brauchen Aufklärung, politische Bildung, Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Gesellschaftssystemen und deren Auswirkungen auf Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur oder Sport.

Es braucht handfeste politische Ergebnisse, die nicht erst in ein paar Jahren wirken, sondern die sofort spürbar sind. Es braucht besondere Aufmerksamkeit für den ländlichen Raum. Es braucht das Gefühl, dass sich etwas ändert, dass wir die Demokratie selbst sind, nicht nur die da oben, und dass wir sie gestalten. Dafür ist der Landtag Brandenburg ein demokratischer Möglichkeitsraum, die Herzkammer der Demokratie, wie wir bei Besucherführungen gerne sagen.

Diejenigen, die **mit 16 zum ersten Mal wählen** durften, möchte ich ermutigen, sich aktiv an gesellschaftlichen Fragen zu beteiligen. Eure Ideen sind wichtiger denn je. Informiert Euch. Bildet Euch eine eigene Meinung. Habt den Mut, eure Meinungen zu sagen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen, auch hier im Landtag.

Nach meiner Vorstellung ist und bleibt **der Landtag Brandenburg ein offenes Haus**, zugänglich für Jedermann, ohne Röntgengeräte wie auf Flughäfen. Plenum und Ausschuss-Sitzungen sind öffentlich und werden live übertragen, können auch später nachgeschaut werden. Wählerinnen und Wähler haben nicht nur ein Recht darauf, sich über Plenarbeschlüsse, Gesetze, Protokolle zu informieren, sondern auch zu erfahren, wie Entscheidungen zustande kommen. Darüber hinaus laden Ausstellungen, Podiumsgespräche und Musik zum Verbleib ein, immer mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger an einem offenen Prozess beteiligen zu können und den Austausch mit den Abgeordneten zu ermöglichen. Der Landtag als gesellschaftliches Zentrum in Brandenburg, als Begegnungsort für Abgeordnete mit Bürgerinnen und Bürgern, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, denn gerade Wissenschaft und Kunst haben eine antiautoritäre, freiheitliche Agenda.

**Gesellschaftliches Zentrum** - das ist der Streitraum, die Forschungswerkstatt der Demokratie und Bildungsort, an dem Demokratie erfahrbar und erlebbar wird als der einzige Weg, Freiheit zu verwirklichen. Wissenschaft und Kunst, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sind Verbündete für die Stärkung und Weiterentwicklung unserer Demokratie, um möglichst viele Stimmen, Erfahrungen, Wahrnehmungen, viele unterschiedliche Modelle der Wirklichkeit zu durchdenken, den Wert anderer Positionen zu verstehen und gemeinsame Lösungen zu finden.

Die Themen der Beratungen im Landtag werden so vielfältig sein wie die Vielfalt des Landes selbst. **Eine starke und moderne Verwaltung** steht den Abgeordneten mit ihrer Expertise als Serviceeinrichtung zur Seite. Ich durfte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Führungskräfte und den Direktor kennenlernen als zugewandte und hoch motivierte Fachleute, offen für Digitalisierung und kreativ bei der Entwicklung von Formaten der politischen Vermittlungsarbeit. Auf unsere weitere gemeinsame Arbeit freue ich mich.

**In den letzten 5 Jahren** konnte ich das kommunalpolitische Format „Sie haben das Wort“, etablieren, die Regenbogenfahne hissen, ein Bürgermeisterinnen-Netzwerk initiieren, mit dem Abgeordnetenhaus die Parlamentarische Konferenz Berlin-Brandenburg gründen, Schirmherrschaften übernehmen etwa für das Parlament der Dörfer, thematische Dialog-Veranstaltungen und Gedenktage konzipieren und nicht zuletzt „Kunst zur Zeit“ im sommerlichen Innenhof des Landtages platzieren.

Ich habe noch eine **Reihe offener Vorhaben** wie die Bürgerräte zur direktdemokratischen Beteiligung, weil das Parteiensystem im Osten fragil ist. Die Belegung des Weimarer Dreiecks durch Brandenburg, Masowien und Il de France steht an, drei Regionen rundherum um Hauptstädte, in denen ähnliche Fragen zu beantworten sind.

Ein Erinnerungsforum Brandenburg kann die vielen Perspektiven zu Geschichte aufnehmen und für uns heute Nutzbares herausfiltern. Der Landesjugendring braucht stetige Unterstützung. Und ich muss reisen, ebenso wie Sie alle - in Landkreise, Dörfer und Städte, um die Themen der Menschen in den parlamentarischen Raum zu bringen. Gerade dafür ist der Austausch unverzichtbar - mit den ehrenamtlichen Verbänden und Vereinen, den Vorsitzenden der Kreistags- und Stadtverordnetenversammlungen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, kurzum: der ganzen kommunalen Familie.

All die Transformationen, Reformen und Neuorientierung der aktuellen Zeit münden in einen großen Kulturwandel. Wenn ich unser Miteinander als unsere Kultur betrachte, müssen wir gegenwärtig zurechtkommen mit Klimawandel, Energiewende, Schule neu denken, Transformationsprozess Lausitz, Mobilitätswende, Krankenhausreform, mit demografischem Wandel und, und, und – alles Veränderungen, die den einzelnen Menschen überfordern. Hier werden wir gebraucht. Es geht um **den eigenen Weg** in

Brandenburg. Nicht weltfremd, sondern lebensnah. Es geht um eine menschenfreundliche, eine mitmenschliche Politik für ein vielfältiges tolerantes, offenes Brandenburg.

Unsere Landesverfassung hat die Freiheitsimpulse der Friedlichen Revolution aufgenommen und den wichtigsten Forderungen der Bürger politische Gestalt gegeben: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Elemente direkter Demokratie, die Rechte der Sorben und Wenden und ein geeintes Europa, die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn.

Die Begegnung mit den Delegierten aus Partnerstädten und befreundeten Parlamenten in Polen, Österreich, Belgien, Georgien und Rumänien ist für mich eine Herzensangelegenheit. Immer lerne ich dazu, immer begreife ich mehr, wie wichtig der direkte europäische Austausch ist. Herzlichen Dank dafür!

Neutralität im Amt der Präsidentin bedeutet nicht, keine Position zu beziehen. Für mich bedeutet aktive Neutralität leidenschaftliches Engagement für die Demokratie, für ihre Vielstimmigkeit, ihr immer im Werden sein, ihre Utopie und Ihre Schönheit. Ein Sprechen und Aushandeln auf Augenhöhe mit Wertschätzung und Respekt gegenüber den Menschen, mit denen ich im Diskurs bin.

Für meine Sitzungsleitung – wie für die der Vizepräsidenten - beutet dies, Diskurs zu ermöglichen, über die Einhaltung der parlamentarischen Regeln zu wachen und Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach besten Kräften verantwortungsvoll und achtsam in Ihrer Arbeit zu unterstützen. Ich weiß, das wird nicht einfach.

Lassen Sie uns dabei sorgfältig mit Sprache umgehen. Viktor Klemperer schrieb:

„Worte können sein wie winzige Arsendosen: Sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“

Auch hier gilt § 1 unseres Grundgesetzes von der Menschenwürde, die nicht verletzt werden darf, auch nicht mit Worten.

Ich werde mein Bestes geben, um in den Plenarsitzungen das Mit- oder Gegeneinander der Positionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fair und respektvoll zu gestalten.

**Vielleicht können wir dann in 5 Jahren sagen, dass wir in Brandenburg Vorbild und Labor des Wandels für die Demokratie in Deutschland sind.**

Vielen Dank!

Sie fragt wie „*Verbrechen, die niemand für möglich gehalten hätte*“ möglich werden konnten, „*wie möglich werden konnte, was eigentlich nicht menschenmöglich ist.*“ Von dieser Frage aus formulierte sie eine Ethik nach Auschwitz, die auf Denken und Erinnern gegründet ist. Erinnerungskultur. Ihr Blick aus den USA auf Deutschland, frei und klar, analysierte schon früh nationalsozialistische Verbrechen als etwas, „*das niemals hätte geschehen dürfen, denn die Menschen werden unfähig sein, es zu bestrafen oder zu vergeben. Hiermit uns zu versöhnen und es zu begreifen, werden wir nicht in der Lage sein.*“

Es gibt sie, „*die Banalität des Bösen*“, Arendt hatte 1961 als Prozessbeobachterin für das Magazin „The New Yorker“ den Eichmann-Prozess verfolgt. In höchster Präzision beschreibt sie, was wir heute als „Weggucken oder „Mitmachen“ bezeichnen, das Böse nicht wahrnehmen oder nicht darüber nachdenken. Sie hat für uns heute geschrieben, aus transatlantischer Perspektive.

Meine Damen und Herren,

die USA waren die ersten, die den Deutschen die Demokratie wieder zugetraut haben. Demokratie in Deutschland, die beim ersten Versuch gescheitert war, wurde mit Unterstützung der Vereinigten Staaten nach 1945 wieder aufgebaut. Die junge Bundesrepublik konnte an der Seite Amerikas zu einem anerkannten Akteur der Weltgemeinschaft werden, trat der Nato bei, schließlich den Vereinten Nationen. All das wäre ohne die USA undenkbar gewesen, wie auch der politische, kulturelle und wirtschaftlicher Wiederaufbau im Westen Deutschlands. Der Marshallplan ermöglichte der Bundesrepublik einen Neubeginn.

Im Osten Deutschlands haben wir Kriegsende und Nachkriegszeit anders erlebt.

Die grausame Schlacht um Berlin endete mit der roten Fahne auf dem Reichstag, an dem Brandenburger Tor, wir begehen den 8. Mai vor 79 Jahren als Tag der Befreiung durch die Rote Armee, durch Soldaten aus Russland, der Ukraine, Belorussland, durch Balten und Armenier und Georgier, durch Soldaten aus den 15 Ländern der Sowjetunion und angeschlossene Polnische Verbände.

Die Befreiung führte im Osten in eine neue Diktatur, die das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus vereinnahmte und behauptete, mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR sei der Nationalsozialismus für immer überwunden.

Erst die friedliche Revolution 1989, der erste gelungene Aufstand gegen eine Diktatur in der deutschen Geschichte und Aufbruch zur Demokratie, hat es möglich gemacht, diesen gesellschaftlichen Verdrängungsprozess zu überwinden.

Das prägt unser Erinnern bis heute. Wir haben verstanden, dass Erinnerungskultur eine europäische Aufgabe ist, nach einem Weltkrieg sogar eine weltumfassende Aufgabe.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine steht der Tag der Befreiung auch für uns im Osten in einem neuen Licht. Wieder die unerträgliche Realität des Krieges, die wir nicht für möglich gehalten hatten, wieder junge Männer, die 18, 19 oder 20jährig ihr Leben lassen müssen.

Wieder der tiefe Wunsch nach Gerechtigkeit, nach einem Ende der Aggression, nach Frieden. Die Ukraine verteidigt sich, Polen, Deutschland, Europa und die USA unterstützen die Ukraine.

Dieser Krieg in der Ukraine wird für uns in Ostdeutschland und gerade am Tag der Befreiung besonders unverständlich. Wir haben einen Konflikt mit unserem Selbstverständnis und mit unserer Geschichte: Russen, deren Urgroßväter zu den Befreiern gehörten, kämpfen in brutaler Weise gegen ein Volk, das selbst zu unseren Befreiern vom Nationalsozialismus gehörte.

Wir hatten ein anderes Russland kennengelernt. Gastfreundliche Menschen, die mit Deutschen von Vergebung sprachen.

Noch immer nach allem ist da eine tiefe Empathie für russische Literatur und Musik, für Tschechow, Dostojewski, Tolstoi. Für Tschaikowski, Mussorgski, Schostakowitsch, für neue aktuelle Kunst. Heute müssen wir uns eingestehen, dass unser Russlandbild romantisch war. Und unvollständig, wir haben das Beunruhigende ausgeblendet. Zu sorglos, zu nachlässig waren wir mit dem hohen Gut des Friedens, mit dem „Nie wieder!“

Krieg in der Ukraine, Terroranschlag auf Israel. Krieg in Gaza. Wie orientieren wir uns in der Unübersichtlichkeit der Konflikte in der Welt, ohne die Schreckensereignisse durch Vergleich und Einordnung zu relativieren. Die neuen Schreckensbilder vom Pogrom der Hamas am 7. Oktober, die Bilder aus Gaza, die Nachricht, dass Rechtsextreme und Neonazis die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland planen, überlagern sich mit den verstörenden Bildern der Vergangenheit. Hassdemos gegen Israel, das Schweigen in der Kulturszene nach dem 7. Oktober.

Es ist nicht mehr genug, zu sagen: Nie wieder. Wir müssen uns fragen, warum wir heute erinnern und wie die Kraft der Erinnerung die Müdigkeitserscheinungen und Überforderung in der politischen Kultur überwinden kann. Dafür brauchen wir öffentliche Räume und Gespräche miteinander, in Brandenburg, in Deutschland, in Europa und mit unseren transatlantischen Partnern in den USA.

Wir müssen uns neu verständigen über die Zukunft der Demokratie. Wir wissen, dass sich Demokratie mit ihren eigenen Mitteln abschaffen kann. Das gab es schon einmal in Deutschland.

Demokratie ist verletzlich, muss täglich gelebt, weiterentwickelt und erstritten werden. Dieses leidenschaftliche Engagement für Demokratie verbindet uns - in Europa und in unserem transatlantischen Bündnis.

Denn die transatlantische Freundschaft und Partnerschaft war schon immer eine Wertegemeinschaft - für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Selbstbestimmung der Menschen. Wenn wir diese Werte leben, wenn wir uns von ihnen leiten lassen im eigenen Land, in Städten und Gemeinden, mit unseren Partnern in Polen und Frankreich.

Ich bin voller Zuversicht, dass es uns gemeinsam gelingt.

Ich begrüße den Vorschlag des Bundesjugend-rings, den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkriegs“ zum gesetzlichen Feiertag machen.“ Als Gedenktag, als Tag der Erinnerung, als Tag der Versöhnung. Als Tag des Dankes an alle, die den Nationalsozialismus bekämpften und besiegten. Und: als Tag vieler Ideen für eine friedliche Zukunft.

Vielen Dank.